

**DEPARTEMENT  
FINANZEN UND RESSOURCEN**

1. Mai 2024

**Wichtiger Hinweis**

**Der Kanton Aargau führt öffentliche Anhörungen digital als eAnhörungen durch. Diese Vorlage dient nur zur internen Ausarbeitung von Inhalten der Stellungnahme.**

**Die Stellungnahme selber ist digital über das "Smart Service Portal" einzureichen. Weitere Informationen dazu unter: [www.ag.ch/anhörungen](http://www.ag.ch/anhörungen).**

**FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG**

**Gesetz über die Informationssicherheit (InfoSiG)**

---

**Anhörungsdauer**

Die Anhörung dauert vom 8. Mai 2024 bis am 16. August 2024.

**Inhalt**

Mit der Vorlage "Gesetz über die Informationssicherheit" wird eine gesetzliche Grundlage zum Zweck der sicheren Bearbeitung von Informationen sowie des sicheren Einsatzes der Informatikmittel durch die kantonalen Behörden geschaffen. Nebst der Festlegung der Zuständigkeiten können die zu treffenden Massnahmen als eigentlicher Kern der Gesetzgebung betrachtet werden. Sie basieren auf den branchenüblichen internationalen Standards (ISO 27001, NIST). In organisatorischer Hinsicht sollen die heutigen Strukturen gestärkt werden, namentlich soll der CISO beziehungsweise die Fachstelle für Informationssicherheit mit einem departements- und behördenübergreifenden Weisungs- und Durchgriffsrecht ausgestattet werden. Zudem soll eine kantonale Cyber-Organisation gestützt auf die Empfehlungen des Sicherheitsverbunds Schweiz geschaffen werden, welche für Vernetzung, Informationsaustausch und Sensibilisierung auch ausserhalb der Verwaltungsgrenzen (Bevölkerung, Wirtschaft, kritische Infrastrukturen, Gemeinden, andere öffentlich-rechtliche Trägerschaften) sorgen soll.

**Auskunftsperson**

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

**KANTON AARGAU**

**Departement Finanzen und Ressourcen**

Generalsekretariat

Ivano Larcher, Leiter Rechtsdienst

062 835 24 23

[ivano.larcher@ag.ch](mailto:ivano.larcher@ag.ch)

Bitte beachten Sie: Diese Anhörung wird als eAnhörung durchgeführt. Ihre Stellungnahme reichen Sie elektronisch über das "Smart Service Portal" ([www.ag.ch](http://www.ag.ch)) ein. Wenn dies aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, stellen Sie Ihre Stellungnahme postalisch oder per E-Mail zu:

**Departement Finanzen und Ressourcen**

Generalsekretariat, Rechtsdienst

Tellistrasse 67

5001 Aarau

E-Mail: [ivano.larcher@ag.ch](mailto:ivano.larcher@ag.ch)

---

## Kontaktangaben im Rahmen der Stellungnahme

---

**Bitte geben Sie an, in welcher Rolle Sie an dieser Anhörung teilnehmen:**

- Privatperson
- Organisation**

**Bitte notieren Sie Ihre entsprechenden Kontaktangaben:**

Name der Organisation*	Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau (GAV)
Vorname	Andreas
Nachname	Schmid
E-Mail	aschmid@awb.ch

\* nur angeben, wenn Stellungnahme im Namen einer Organisation erfolgt

Nur zum internen Gebrauch;  
Stellungnahme bitte elektronisch via "Smart Service Portal" einreichen

---

## Fragen zur Anhörung

---

### Frage 1 – Normierung der Informationssicherheit in einem Spezialgesetz

Die Aufgaben der Informationssicherheit werden bereits heute im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen wahrgenommen. Die entsprechenden Vorgaben finden sich jedoch weitgehend in verwaltungsinternen Dokumenten. Es handelt sich dabei vorwiegend um Regelungen, die sich an anerkannten Normen und Best Practices orientieren, aber nicht um gesetzliche Grundlagen. Eine verwaltungsinterne Regelung kommt nicht in Betracht, weil der Kanton Informationen der Bevölkerung und von Unternehmen, aber auch von anderen öffentlich-rechtlichen Trägerschaften sowie anderer Kantone und des Bundes bearbeitet, folglich eine erhebliche Auswirkung besteht. Aber auch aufgrund der Bedeutung, die der Informationssicherheit in der Zwischenzeit und angesichts der fortschreitenden digitalen Entwicklung in der Gesellschaft zukommt, sowie der damit verbundenen Risiken für die öffentliche Sicherheit, ist es zentral, dass die Informationssicherheit als öffentliche Aufgabe und deren Grundsätze gesetzlich normiert werden. Die Lücke in den rechtlichen Grundlagen soll mittels eines einheitlichen Gesetzes geschlossen werden.

*Siehe Kapitel 5.1 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie damit einverstanden, dass für die Informationssicherheit ein Spezialgesetz geschaffen wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden**
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen:**

Die Argumentation für die Normierung der Informationssicherheit mittels Spezialgesetz ist aus Sicht der GAV nachvollziehbar. Insbesondere die Möglichkeit, verbindliche Vorgaben für betroffene Stellen ausserhalb der kantonalen Verwaltung schaffen zu können, ist in diesem Kontext besonders wichtig.

---

### Frage 2 – Gemeinden und andere Träger öffentlicher Aufgaben (§ 2 Abs. 2 und 3)

Die entsprechenden Vorschriften des neuen Gesetzes sollen – in Anlehnung an die Regelung des Bundes im Verhältnis zu den Kantonen – für Gemeinden und andere Träger öffentlicher Aufgaben nur zum Tragen kommen, wenn sie klassifizierte Informationen des Kantons bearbeiten (Abs. 2 lit. a) oder auf Informatikmittel des Kantons zugreifen (Abs. 2 lit. b). In Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips kommen sie aber nicht zur Anwendung, wenn die Gemeinden und anderen Träger öffentlicher Aufgaben bereits mit einer eigenen, mit derjenigen des Kantons vergleichbaren Informationssicherheit ausgestattet sind (Abs. 3). Dies ist der Fall, wenn der IKT-Minimalstandard des Bundes eingehalten wird. Dieser ist ein vom Bund als Empfehlung herausgegebener Branchenstandard, der sich zwar insbesondere an die Betreiber von kritischen Infrastrukturen richtet, aber in der Zwischenzeit auch für jedes Unternehmen und auch für die öffentliche Hand auf allen Ebenen zur eigentlichen Richtschnur und zum gemeinsamen Nenner in Bezug auf das Sicherheitsniveau geworden ist. Aktuell ist der IKT-Minimalstandard 2023 (Version Mai 2023, mit Update NIST SP 800-53 Rev. 5 und ISO 27001:2022), der unter anderem auf die bewährten internationalen Standards NIST und ISO 27001 abstellt.

*Siehe § 2 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.2.2 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie damit einverstanden, dass die entsprechenden Bestimmungen des Informationssicherheitsgesetzes auf Gemeinden und andere Träger öffentlicher Aufgaben Anwendung finden, wenn sie klassifizierte Informationen des Kantons bearbeiten und auf Informatikmittel des Kantons zugreifen beziehungsweise dass die Bestimmungen keine Anwendung finden, wenn die Gemeinden und anderen Träger öffentlicher Aufgaben den IKT-Mindeststandard des Bundes gewährleisten?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden**
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen:**

Die Informationssicherheit ist insbesondere bei der laufenden Digitalisierung von Informationen ein immer stärker zu gewichtendes übergeordnetes Interesse, was aus Sicht der GAV schlussendlich legitimiert, dass sich die Gemeinden bei der Bearbeitung klassifizierter Daten des Kantons oder bei der Verwendung kantonaler Informatikmittel diesem Gesetz zu unterstellen haben.

Da die angestrebte Informationssicherheit am schwächsten Glied in der Kette gemessen werden muss, ist im Vollzug besonders darauf zu achten, dass die Vorgaben von sämtlichen diesem Gesetz unterstellten Stellen (Gemeinden und andere Träger öffentlicher Aufgaben) eingehalten werden. Das heisst, es muss verhindert werden, dass gewisse Stellen den notwendigen Mehraufwand leisten und das Gesamtsystem geschwächt bleibt, weil gewisse Stellen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Die GAV kann die Argumentation, dass der Schutz von Informationen und Informatikmitteln zur Risikominimierung ohnehin eine Aufgabe der Gemeinden ist und deshalb die Tragung der ggf. entstehenden Mehrkosten, welche sich durch die vorliegende Rechtssetzung ergeben, durch die Gemeinden zu tragen sind, nachvollziehen und damit einverstanden. Dennoch möchte die GAV auf eine Abgrenzung aufmerksam machen: Die Gemeinden gewährleisten künftig eine ICT-Infrastruktur, welche den IKT-Minimalstandard des Bundes erfüllt. Diese Kosten werden von den Gemeinden getragen. Sollte es allerdings Mehrkosten geben, die sich aufgrund der Evaluation bzw. Beschaffung von Systemen durch den Kanton ergeben (bspw. Schnittstellen, Identifikationsinfrastruktur), von welchen die Gemeinden betroffen sind, ist dies gesondert zu betrachten.

Weiter wünscht die GAV eine Konkretisierung des Geltungsbereichs des Gesetzes gemäss § 2 Abs. 3, also wenn eine Gemeinde eine mindestens gleichwertige Informationssicherheit gewährleistet. Fraglich ist, inwiefern die übrigen Bereiche im Gesetz trotzdem allenfalls Anwendung finden (bspw. Personensicherheitsprüfung, Befähigungsnachweis).

---

**Frage 3 – Führungsverantwortung (§ 5)**

Informationssicherheit gehört zum Risikomanagement eines jeden Gemeinwesens und eines jeden Unternehmens und muss darum von den obersten Behörden verantwortet werden. Die Behörden gemäss Kapitel 5 der Kantonsverfassung (Grosser Rat, Regierungsrat, Gerichte), die für ihre Zwecke Informationen bearbeiten oder bearbeiten lassen (Abs. 1), sollen für die Informationssicherheit im Kanton verantwortlich sein. Das Gesetz hält die Aufgaben der Behörden verbindlich fest und stellt so sicher, dass diese in der Verwaltungshierarchie zuoberst angesetzt sind. Eine Delegation dieser

Aufgaben ist nicht möglich. Bei einer Bearbeitung im Auftrag verbleibt die oberste Führungsverantwortung bei der beauftragenden Behörde.

*Siehe § 5 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.3.1.1 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie damit einverstanden, dass die oberste Führungsverantwortung für die Informationssicherheit bei den Behörden (Grosser Rat, Regierungsrat und Gerichte) festgelegt wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden**
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen:**

Die GAV erachtet die Ansiedlung der Informationssicherheit in der obersten Führungsverantwortung insbesondere dadurch gerechtfertigt, dass diese auch von Stellen ausserhalb der kantonalen Verwaltung eingefordert wird.

Der GAV ist es wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, dass Änderungen, welche die Gemeinden betreffen, über die bestehenden Konsultationsgremien koordiniert werden.

---

**Frage 4 – Allgemeine Massnahmen sowie technische und organisatorische Massnahmen (Kapitel 2.2 und 3, §§ 6 - 24)**

Die in den Kapiteln 2.2 und 3 des Gesetzesentwurfs vorgesehenen Massnahmen basieren auf den branchenüblichen internationalen Standards wie ISO 27001 und NIST). Diese haben sich in der Praxis bewährt und werden von Unternehmen der Privatwirtschaft und von kritischen Infrastrukturen angewendet.

*Siehe Ausführungen zu den §§ 6 - 24.*

Sind Sie einverstanden, die Regelung der Massnahmen an die branchenüblichen internationalen Standards anzulehnen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden**
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen:**

Die GAV begrüsst, dass die Anforderungen auf branchenüblichen internationalen Standards wie ISO:27001 und NIST abstellt. Dies erleichtert die Beschaffung, stetige Weiterentwicklung und die Kontrolle der ICT-Dienstleistungen.

---

**Frage 5 – Personensicherheitsprüfung (PSP); Personenkreis und Ausnahmen (§§ 19 Abs. 1 und 2)**

Die vorgeschlagene Lösung legt den für eine PSP in Betracht kommenden Personenkreis (Abs. 1) fest:

- a) *Angestellte sowie Beamtinnen und Beamten vor Abschluss des Anstellungsverhältnisses bzw. vor der Wahl oder während der Dauer des Anstellungs- bzw. des Beamtenverhältnisses,*
- b) *Personen, die in ein Amt oder als Mitglied eines kantonalen Gremiums gewählt werden sollen,*
- c) *Private vor Beginn oder im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben oder des ihnen vergebenen öffentlichen Auftrags.*

Davon ausgenommen sollen die Mitglieder des Grossen Rats und des Regierungsrats sowie die Richterinnen und Richter sein. Auch der Bund nimmt die Legislativ- und Exekutivmitglieder sowie die Mitglieder des Bundesgerichts aus. Eine Ausnahme rechtfertigt sich, weil Politikerinnen und Politiker im Brennpunkt der Öffentlichkeit stehen. Deren Leben und Wirken wird von den Medien durchleuchtet, sodass sich die Wählerinnen und Wähler ein genaues Bild von den Kandidierenden machen können. Bei den Mitgliedern der Justiz rechtfertigt sich eine Ausnahme aufgrund deren institutioneller Stellung und folglich aus Gleichbehandlungsgründen zu den anderen Behörden. Dazu kommt, dass die überwiegende Mehrheit der Informationen, die bei den Gerichten im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung bearbeitet werden, schützenswerte Personendaten und folglich nicht klassifizierte Daten sind. Der Schutz dieser Informationen wird durch das Amtsgeheimnis, das Datenschutzgesetz sowie generell in den Prozessgesetzen geregelt. Das legitime öffentliche Interesse nach vertrauenswürdigen und integren Personen in der Justiz ist ausreichend durch die geltenden Bestimmungen im GOG abgedeckt.

*Siehe § 19 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.4.4.2.2 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Personenkreis bezüglich Durchführung der PSP einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe**

**Bemerkungen:**

Nach dem Verständnis der GAV sind die Gemeinden von den Personensicherheitsprüfungen nicht oder wenn nur in sehr seltenen Fällen betroffen, da gemäss §8 die Informationen zur Erfüllung der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen nicht klassifiziert werden und somit nicht unter die Personensicherheitsprüfung fallen.

Ob und wie die Gemeinden Personensicherheitsprüfungen durchführen wollen, liegt demnach im Ermessen der Gemeinden.

---

**Frage 6 – Personensicherheitsprüfung (PSP); Zentrale Fachstelle für PSP (§ 20)**

Für die Durchführung der PSP ist eine zentrale Fachstelle zu bezeichnen. Es ist wichtig, dass die Stelle, welche die PSP durchführt, das Risiko für die Informationssicherheit möglichst objektiv, mithin gestützt auf die erhobenen Daten sowie nach dem Stand der Wissenschaft und Rechtsprechung beurteilen können muss. Die Fachstelle PSP muss demzufolge in ihrer Beurteilung unabhängig, weisungsungebunden sein. Durch eine zentrale Fachstelle kann dieses Ziel viel eher erreicht werden als durch eine dezentrale Lösung. Die Kompetenzstellenlösung führt zudem auch zu einer Bündelung von Know-how und trägt zu einer einheitlichen Praxis bei. Bereits heute werden PSP zentral durch

Spezialistinnen und Spezialisten der Kantonspolizei durchgeführt. Dazu kommt, dass ein Zugriff gemäss § 21 Abs. 1 lit. c und d ohnehin nur den Polizeikräften zusteht. Da auf die Möglichkeit des Zugriffs auf die entsprechenden Quellen nicht verzichtet werden sollte, kommt einzig die Kantonspolizei als zentrale Fachstelle für PSP ernsthaft in Betracht. Aus diesem Grund soll deren Zuständigkeit gesetzlich festgehalten werden (Abs. 1).

*Siehe § 20 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.4.4.2.3 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie einverstanden, dass die zentrale Fachstelle für PSP gesetzlich bei der Kantonspolizei verortet wird und dafür entsprechende personelle Ressourcen (aus heutiger Sicht mindestens eine Vollzeitstelle) geschaffen werden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe**

**Bemerkungen:**

Siehe Antwort zu Frage 5.

---

**Frage 7 – Sicherheitsspezifische Eignungsprüfung von Unternehmen; Befähigungsnachweis (§ 24)**

Die Gesetzesvorlage sieht neu eine gesetzliche Verpflichtung zur spezifischen Eignungsprüfung bei sicherheitsrelevanten Vergaben öffentlicher Aufträge aber auch bei der Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Private vor. Das heisst, dass solche Vergaben nur an Unternehmen erfolgen dürfen, die sich als befähigt erweisen, die Sicherheitsinteressen des Kantons zu wahren (Abs. 1). In diesen Fällen muss die Informationssicherheit zwingend berücksichtigt werden und darf nicht dem Ermessen der Vergabestellen anheimgestellt bleiben.

Die erforderlichen Daten werden im Wesentlichen beim Betrieb selbst mit dessen Einverständnis erhoben. So sollen die Unternehmen zur Beurteilung des Risikos durch gezielte Abfrage, welche die Eigenheiten der spezifischen Vergabe beziehungsweise der Übertragung der öffentlichen Aufgabe berücksichtigt, aufgefordert werden Daten zu liefern, die für die Beurteilung ihrer Eignung in sicherheitsbezogener Hinsicht notwendig sind (Abs. 2).

*Siehe § 24 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.4.5.1 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie einverstanden, dass im Rahmen von sicherheitsrelevanten Vergabeverfahren oder Auslagerungen einer öffentlichen Aufgabe eine gesetzliche Verpflichtung zur spezifischen Eignungsprüfung der potenziellen Vertragspartner statuiert wird?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden**
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen:**

---

Um das Gesamtsystem der Informationssicherheit wirkungsvoll betreiben zu können, müssen alle involvierte Stellen die hohen Anforderungen erfüllen. In der Folge ist es aus Sicht der GAV richtig, dass bei sicherheitsrelevanten Vergaben öffentlicher Aufträge und Übertragungen öffentlichen Aufgaben, eine spezifische Eignungsprüfung erfolgt.

Aus Sicht des GAV greift allerdings die Anforderung zu § 24 Abs. 2 lit. a zu weit. Die Offenlegung von geplanten Veränderungen wie Fusionen, Beteiligungen und Übernahmen könnte für diverse potenziell geeignete Unternehmen ein Hinderungsgrund sein, ein Angebot einzureichen. Gleichzeitig ist fraglich, wie ein Verstoß gegen diese Auflage sinnvoll sanktioniert werden kann.

---

### **Frage 8 – Verwaltungsinterne Organisation; Fachstelle für Informationssicherheit (§ 25)**

Die Fachstelle für Informationssicherheit soll departements- und behördenübergreifend tätig sein und über entsprechende Weisungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen. Die Gefährdung der öffentlichen Interessen, die durch eine Verletzung der Informationssicherheit einher gehen kann, rechtfertigt es, dass die Fachstelle gesetzlich bestimmte Kompetenzen erhält wie beispielsweise die autonome Durchführung von Überprüfungen aber auch die Möglichkeit der Beantragung beziehungsweise des Ergreifens von Massnahmen, wenn Verletzungen der Informationssicherheitsvorgaben (Gesetz, Verordnung, Weisungen, Standards) festgestellt werden sollten. Eine Fachstelle ohne Durchsetzungsmöglichkeit ist keine wirksame Option im Hinblick auf eine möglichst risikofreie Informationssicherheit und besonders im Kampf gegen Cyberbedrohungen.

*Siehe § 25 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.5.1.1 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie damit einverstanden, dass die Fachstelle für Informationssicherheit departements- und behördenübergreifend tätig sein und über entsprechende Weisungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden**
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen:**

Vergleiche Antwort zu Frage 2.

---

### **Frage 9 – Kantonale Cyber-Organisation (§§ 26 - 29)**

Der Gesetzesentwurf schlägt die Schaffung einer verwaltungsübergreifenden Cyber-Organisation vor, die sich im Wesentlichen auf die Empfehlungen des Schweizerischen Sicherheitsverbands (SVS) stützt. Die Organisation soll aus einem Cyber-Ausschuss, einer Cyber-Koordinationsstelle und einer Kerngruppe Cyber bestehen. Die neue Organisation soll in erster Linie mit der Koordination und dem Informationsaustausch zwischen den staatlichen und privaten Akteuren sowie der Stärkung der Widerstandsfähigkeit in Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung betraut werden (Abs. 1).

*Siehe §§ 26-29 des Gesetzesentwurfs und die Ausführungen in Kapitel 7.5.2 des Anhörungsberichts.*

Sind Sie mit der Schaffung einer kantonalen Cyber-Organisation zum Zwecke der Koordination und des Informationsaustausches zwischen den staatlichen und privaten Akteuren sowie der Stärkung

der Widerstandsfähigkeit in Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung und der damit einhergehenden Schaffung einer Stelle einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden**
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

**Bemerkungen:**

Das vorliegende Gesetz definiert die Informationssicherheit als Gemeinschaftsaufgabe. Gemäss dieser Anhörungsantwort zeigen die Gemeinden die Bereitschaft, ihre Verantwortung in dieser Gemeinschaftsaufgabe wahrzunehmen. Aus Sicht der GAV wäre es wünschenswert, wenn die Gemeinden innerhalb der Cyber-Organisation stärker eingebunden würden und nicht nur als Betroffene neben Wirtschaft und Zivilgesellschaft verstanden werden.

---

**Frage 10 – weitere Bemerkungen**

Haben Sie weitere Bemerkungen zur Anhörungsvorlage?

**Bemerkungen:**

[Text]

---

**Schlussbemerkungen:**

[Text]

Nur zum internen Gebrauch;  
Stellungnahme bitte elektronisch via "Smart Service Portal" einreichen